

Niederschrift

**über die Sitzung des Ausschusses für Bauen und Denkmalpflege
am 27.03.2012**

um 17:05 Uhr bis 19:00 Uhr in Remscheid, Rathaus, 2. Etage, Kleiner Sitzungssaal

Anwesend sind:

Vorsitzende

Frau Jutta Velte

Ratsmitglied

Herr Günter Bender

Herr York Edelhoff

Herr Kurt-Peter Friese

Frau Karen Krebs

Herr Klaus Küster

Herr Klaus Mandt

Frau Elke Rühl

Herr Hans Lothar Schiffer

Frau Rosemarie Stippekoehl

für Herrn Sven Wolf; bis 18:30 Uhr - TOP 21

für Herrn Hans Herbert Wilke

Sachkundiger Bürger

Herr Florian Böker

Herr Alexander Ernst

Herr Heinz Jürgen Heuser

Herr Jens Nettekoven

Herr Sigmar Paeslack

Herr Hans-Jörg Röntgen

Herr Volker Rudolf Zahnweh

für Herrn Ernst Otto Mähler

Beratendes Mitglied

Herr Klaus Lellek

Zuhörer

Frau Heike Edmonds

Herr Ahmed Karroum

Herr Rudolf Klopstein

Straßen NRW

Straßen NRW

Straßen NRW

vom Seniorenbeirat

Herr Georg Gregull

von der Verwaltung

Herr Gerald Hein

Herr Wolfgang Putz

Herr Udo Quadflieg

Herr Hans-Gerd Sonnenschein

Frau Sabine Strüwe Rosenbaum

Fachdienst 3.66 - Straßen- und Brückenbau

Fachdienst 1.31 - Umwelt

Fachdienst 3.63 - Bauordnung und Bauleitplanung

Zentraldienst 0.12 - Stadtentwicklung und Wirtschaft

Fachdienst 3.63 - Bauordnung und Bauleitplanung

Schriftführer

Herr Hans-Ulrich Dattner

Entschuldigt fehlen:

Ratsmitglied

Herr Ernst Otto Mähler
Herr Hans Herbert Wilke
Herr Sven Wolf

Tagesordnung

- 1 Änderung/Erweiterung der Tagesordnung
- 2 Niederschrift über die Sitzung vom 24.01.2012
- 3 Lärmschutz an der BAB A1
- Mdl. Bericht des Landesbetriebs Straßenbau NRW
- 4 Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung
- Teil 1 -
 - 4.1 Baufortschritt des sechsstreifigen Ausbaus der A 1 in Höhe der Brückenbauwerke Einsiedelstein und Höllenbach
- Anfrage Herr Friese
 - 4.2 X-Ray-Kunstwerk an der Autobahn
- Anfrage Herr Nettekoven
 - 4.3 Bauliche Umgestaltung des Verkehrsknotenpunktes Trecknase
- Anfrage Herr Schiffer
- 5 14/1558 Landesstraßenbauprogramm 2012
- 6 Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung
- 7 Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung
 - 7.1 Ergebnisse der Verkehrszählung 2010
 - 7.2 Fahrbahndeckensanierung Eschenstraße und Honsberger Straße
- 8 Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung
- 9 Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung
- 10 Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung
- 11 Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung
- Teil 2 -
 - 11.1 Sanierung der Brücke Linde
- Anfrage Herr Nettekoven
 - 11.2 Findlinge auf dem Gehweg an der Burger Straße, Höhe Haus Nr. 118
- Anfrage Herr Friese
 - 11.3 Bauordnungsrechtliche Beurteilung des sakralen Glockengeläuts
- Anfrage Frau Velte

- | | | |
|-----------|---------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 12 | 14/1739 | Verwendung der Nahverkehrspauschale |
| 13 | 14/1720 | Einziehung des Verbindungsweges Alte Pulvermühle/Nüdelshalbach |
| 14 | 14/1632 | Abbau von zwei Lichtzeichenanlagen |
| 15 | 14/1778 | Frostschadensbericht 2012
Verwendung der Mittel für die Straßenunterhaltung 2012 / Rückstellungen |
| 16 | 14/1679 | Barrierefreier Umbau der Haltestelle Sana-Klinikum |
| 17 | 14/1678 | Barrierefreier Umbau der Haltestelle Teichstraße |
| 18 | 14/1727 | BP 635 Gebiet: Ziegelstraße
(vereinfachtes Verfahren)
1. Verzicht auf frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß §§ 3 und 13 BauGB
2. Verzicht auf frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß §§ 4 und 13 BauGB
3. Aufstellungsbeschluss gemäß §§ 2 (1) und 13 (1) BauGB
4. Offenlagebeschluss gemäß §§ 3 und 13 BauGB |
| 19 | 14/1555 | Beschluss über den Minderausbau der öffentlichen Verkehrsfläche im Bereich des Bebauungsplanes 470 - Blumentalstraße - gem. § 125 (3) Nr. 1 BauGB |
| 20 | 14/1790 | Aktuelle Entwicklung auf dem Gebiet der Denkmalpflege - Anfrage von Frau Rühl |
| 21 | 14/1685 | Antrag auf Löschung der Baulast Nr. 3159 III und Nr. 5416 auf dem Grundstück Borner Straße, Lenneper Straße, Trecknase (z. Zt. genutzt als Baumarkt und Spielhalle) |
| 22 | 14/1758 | Lärmaktionsplan für die Lenneper Straße im Abschnitt zwischen dem Johann-Vaillant-Platz und dem Abzweig Intzestraße |
| 23 | 14/1738 | Bebauungsplan Nr. 438 1. Änderung
Gebiet Altstadt Remscheid (zwischen Stadtfriedhof, Kirchhofstraße und Markt)
1. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 2 BauGB)
2. Entscheidung über die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB)
3. Satzungsbeschluss (§ 10 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 7 GO NRW) |
| 24 | 14/1723 | Bebauungsplan Nr. 572 1. Änderung - Gebiet Freiheitstraße, Bismarckstraße, Neuenkamper Straße, Ladestraße, Stachelhauser Straße
1. Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes (§ 2 Abs. 1 BauGB)
2. Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB) |

- | | | |
|-------------|---------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 25 | 14/1722 | Bebauungsplan Nr. 599 - Gebiet Lenneper Straße, Mixsiepen - Teilaufhebung
1. Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes (§ 2 Abs. 1 BauGB)
2. Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB) |
| 26 | 14/1639 | Stadtumbau West - "Neue Mitte Honsberg"
Vorstellung Konzept Entwurfsplanung Gemeinschaftshaus |
| 27 | 14/1629 | Stadtumbau West - Gemeinschaftshaus "Neue Mitte Honsberg"; Sachstandsbericht zur Vergabe der Architekten- und Ingenieurleistungen zur Realisierung des Bauvorhabens "Neuerrichtung des Gemeinschaftshauses Honsberg" |
| 28 | 14/1505 | Strategische Ausrichtung der räumlichen Entwicklungsplanung sowie Übersicht über die aktuellen Planungsprojekte des Zentraldienstes 0.12 (Stadtentwicklung und Wirtschaft) und des Fachdienstes 3.63 (Bauordnung und Bauleitplanung) |
| 29 | | Handlungsprogramm Wohnen |
| 29.1 | 14/1534 | Handlungsprogramm Wohnen |
| 29.2 | 14/1762 | Ergänzung zur Drucksache 14/1534 Handlungsprogramm Wohnen - Abwägung einer Anregung |

1. Änderung/Erweiterung der Tagesordnung

Herr Edelhoff stellt im Namen der SPD-Fraktion den Antrag, die Beratung zu den Punkten

- 14/1505
Strategische Ausrichtung der räumlichen Entwicklungsplanung sowie Übersicht über die aktuellen Planungsprojekte des Zentraldienstes 0.12 (Stadtentwicklung und Wirtschaft) und des Fachdienstes 3.63 (Bauordnung und Bauleitplanung),
- 14/1534
Handlungsprogramm Wohnen,
- 14/1762
Ergänzung zur Drucksache 14/1534 Handlungsprogramm Wohnen - Abwägung einer Anregung

wegen weiterhin bestehendem Beratungsbedarf in der Fraktion zurückzustellen.

Beschluss: (17 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Die Beratung zu den Punkten

- 14/1505
Strategische Ausrichtung der räumlichen Entwicklungsplanung sowie Übersicht über die aktuellen Planungsprojekte des Zentraldienstes 0.12 (Stadtentwicklung und Wirtschaft) und des Fachdienstes 3.63 (Bauordnung und Bauleitplanung),
- 14/1534
Handlungsprogramm Wohnen,
- 14/1762
Ergänzung zur Drucksache 14/1534 Handlungsprogramm Wohnen - Abwägung einer Anregung

wird zurückgestellt.

2. Niederschrift über die Sitzung vom 24.01.2012

Ergänzungsbeschlüsse werden nicht gefasst.

3. Lärmschutz an der BAB A1 - Mdl. Bericht des Landesbetriebs Straßenbau NRW

Auf Wunsch des Ausschusses berichten die Vertreter des Landesbetriebs Straßen NRW zur Lärmsituation im Bereich der Autobahn 1 im Streckenabschnitt zwischen Anschlussstelle Remscheid und Tank- und Rastanlage Remscheid und informieren über den aktuellen Stand der Vorbereitungen zur Fertigstellung der hier geplanten Lärmschutzanlage.

Herr Karoum stellt sich als Leiter der für den Ausbau des in Rede stehenden Autobahnabschnitts zuständigen Bauabteilung des Landesbetriebs vor und unterrichtet den Ausschuss darüber, dass man, nachdem man das Schadensbild der fehlerhaft ausgeführten Betonstützen erfasst und bewertet und sich im Ergebnis für eine Sanierung der Stützen entschieden habe, zurzeit mit der Ausarbeitung eines entsprechenden Sanierungskonzeptes befasst sei. Nach Abschluss der Sanierungsarbeiten werde man den Einbau der entsprechenden Lärmschutzwandelemente vornehmen. Wie Herr Karoum hierzu weiter ausführt, verfolge der Landesbetrieb das Ziel, die angesprochene Lärmschutzmaßnahme in Gänze noch im laufenden Jahr zum Abschluss zu bringen.

Auf Nachfrage geht Herr Klopstein in seiner Eigenschaft als Projektleiter auf die an den Betonstützen festgestellten Mängel näher ein und zeigt auf, welche technischen Fragen im Zuge der Entwicklung des erwähnten Sanierungskonzeptes zu beantworten sind.

Herr Nettekoven erneuert an dieser Stelle noch einmal die bereits wiederholt erhobene Forderung nach einer temporären Beschränkung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit in besagtem Streckenabschnitt der A1 auf 80 km/h bis zur Fertigstellung der Lärmschutzanlage, um so möglichst rasch die Lärmbelastung für die Bewohner der angrenzenden Wohngebiete zu mindern.

Die Herren Karoum und Klopstein nehmen zu dieser Anregung aus Sicht des Landesbetriebs Stellung und weisen darauf hin, dass eine solche Maßnahme von der Bezirksregierung Düsseldorf als der hier zuständigen Behörde anzuordnen wäre.

Auf Nachfrage bestätigt Herr Klopstein, dass die Bezirksregierung in dieser Angelegenheit bereits tätig sei und von Straßen NRW auf ihre Anfrage hin einen Bericht über den aktuellen Stand der Baumaßnahmen zum sechsstreifigen Ausbau der A 1 in diesem Streckenabschnitt wie auch zum Bau der besagten Lärmschutzanlage erhalten habe. Welche Schlüsse die Bezirksregierung aus dieser Stellungnahme ziehen werde oder vielleicht auch schon gezogen habe, sei Straßen NRW nicht bekannt.

Auf die Frage von Herrn Edelhoff nach den geplanten zeitlichen Abläufen der im Raum stehenden Maßnahmen zur Fertigstellung der Lärmschutzanlage bietet Herr Karoum eine ergänzende Berichterstattung an, die Straßen NRW voraussichtlich in etwa 6 Wochen vorlegen könne.

Frau Velte schließt die Aussprache mit einem ausdrücklichen Dank an die Vertreter von Straßen NRW für ihre Bereitschaft, dem Ausschuss Bericht zu erstatten und für Fragen zur Verfügung zu stehen. Zugleich richtet Frau Velte die Bitte an Straßen NRW, die Bewohner der entlang der Autobahn 1 gelegenen Wohngebiete beispielsweise mit Unterstützung der örtlichen Presse regelmäßig mit neuesten Informationen zum Fortschritt der Arbeiten an dem Projekt der Errichtung der Lärmschutzanlage an der A 1 zu versorgen.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

4. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung - Teil 1 -

**4.1. Baufortschritt des sechsstreifigen Ausbaus der A 1 in Höhe der Brückenbauwerke Einsiedelstein und Höllenbach
- Anfrage Herr Friese**

Herr Friese merkt an, dass die Bauarbeiten zum sechsstreifigen Ausbau der Autobahn 1 im Bereich der Talbrücke Einsiedelstein wie auch in Höhe der Höllenbach Talbrücke nach seinen Beobachtungen nur äußerst schleppend vorangehen und bittet Straßen NRW um Auskunft, wann man damit rechnen kann, dass dem Verkehr auf der A 1 in ihrem Streckenabschnitt zwischen Wuppertal und Leverkusen durchgängig sechs Fahrstreifen zur Verfügung stehen werden.

Herr Kloppstein nimmt zu der Anfrage Stellung und stellt die im Zusammenhang mit dem sechsstreifigen Ausbau der A 1 stehenden baulichen Maßnahmen zum Um- und Ausbau der hier angesprochenen Brückenbauwerke vor. Hierbei geht Herr Kloppstein auf Details zu Planung und Ausführung einzelner Arbeitsschritte näher ein, beschreibt den damit verbundenen zeitlichen Aufwand und zeigt die daraus abzuleitenden Auswirkungen auf die zeitliche Fortführung des gesamten Projektes auf. In seinen weiteren Ausführungen skizziert Herr Kloppstein den geplanten weiteren Ablauf der in Rede stehenden Baumaßnahmen und führt hierzu aus, dass man – so die derzeitige Einschätzung von Straßen NRW – im Bereich der Talbrücke Einsiedelstein möglicherweise im Sommer diesen Jahres alle drei Fahrstreifen in Fahrtrichtung Köln für den Verkehr werde freigegeben können. Demgegenüber könne Straßen NRW mit Blick auf den derzeitigen Verfahrensstand noch keine verlässliche Prognose darüber abgeben, wann man die Strecke im Bereich der Höllenbach Talbrücke in Gänze freigegeben könne.

**4.2. X-Ray-Kunstwerk an der Autobahn
- Anfrage Herr Nettekoven**

Herr Nettekoven ruft den Beschluss des Ausschusses für Bauen und Denkmalpflege vom 24.02.2012 in Erinnerung, mit dem die Verwaltung beauftragt wurde, mit dem Landesbetrieb Straßen NRW, dem Röntgen-Kuratorium Würzburg e. V., der Deutschen Röntgengesellschaft e. V. sowie der Fördergesellschaft des Deutschen Röntgenmuseums Gespräche aufzunehmen, um den Aufbau eines Röntgenstrahlen- (X-Ray) Kunstwerkes an der Autobahnausfahrt Remscheid-Lennep / Lüttringhausen-Nord zu prüfen, und bittet die anwesenden Vertreter von Straßen NRW, dieses Anliegen nach besten Kräften zu unterstützen.

Herr Karoum greift diese Bitte auf und verweist hier auf die Niederlassung Krefeld als zuständige Stelle bei Straßen NRW.

**4.3. Bauliche Umgestaltung des Verkehrsknotenpunktes Trecknase
- Anfrage Herr Schiffer**

Herr Schiffer richtet die Frage an die anwesenden Vertreter von Straßen NRW, ob und inwieweit sie Auskünfte darüber gehen können, ob bereits Planunterlagen zu den im Raum stehenden Überlegungen zu einer baulichen Umgestaltung des Verkehrsknotenpunktes Trecknase zu einem Kreisverkehr ausgearbeitet worden sind.

Herr Karoum nimmt zu der Anfrage Stellung und verweist hier auf die Niederlassung Gummersbach / Köln als zuständige Stelle bei Straßen NRW.

**5. Landesstraßenbauprogramm 2012
Vorlage: 14/1558**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

6. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung

Schriftliche Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

7. Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung

7.1. Ergebnisse der Verkehrszählung 2010

Herr Hein teilt mit, dass die Verwaltung inzwischen über die bereits nachgefragten endgültigen Ergebnisse der Verkehrszählung aus 2010 verfüge und diese Daten dem Ausschuss in entsprechend aufbereiteter Form in einer folgenden Sitzung vorstellen werde.

Der Ausschuss nimmt die Ankündigung zur Kenntnis.

7.2. Fahrbahndeckensanierung Eschenstraße und Honsberger Straße

Herr Hein berichtet zum Fahrbahndeckensanierungsprogramm und teilt mit, dass die hier aufgeführten Arbeiten zur Erneuerung der Fahrbahndecken in einem Teilabschnitt der Eschenstraße sowie im 2. Bauabschnitt der Honsberger Straße zwischenzeitlich zum Abschluss gebracht werden konnten.

Der Ausschuss nimmt die Information zur Kenntnis.

8. Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung

Schriftliche Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gemäß Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

9. Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung

Vorschläge zur Tagesordnung gemäß Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

10. Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung

Anträge gemäß Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

11. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung - Teil 2 -

11.1. Sanierung der Brücke Linde - Anfrage Herr Nettekoven

Herr Nettekoven ruft noch einmal die bekannten Probleme der Anbindung der Firma Karl Diederichs KG - Dirostahl an das öffentliche Straßen- und Schienennetz in Erinnerung und bittet die Verwaltung um Auskunft, wann mit der Sanierung der Straßenbrücke Linde gerechnet werden kann.

Herr Hein nimmt zu der Anfrage Stellung und berichtet, dass das Projekt zum Neubau der Brücke Linde als Maßnahme im Investitionsprogramm enthalten sei und die Aussichten für seine Realisierung nach dem derzeitigen Stand der Gespräche mit Bezirksregierung und sonstigen Beteiligten wie beispielsweise der Bahn AG von der Verwaltung grundsätzlich positiv eingeschätzt werden.

11.2. Findlinge auf dem Gehweg an der Burger Straße, Höhe Haus Nr. 118 - Anfrage Herr Friese

Herr Friese spricht die Findlinge auf dem Gehweg an der Burger Straße, Höhe Hau Nr. 118 an und bittet die Verwaltung um Auskunft, ob es sich bei dieser Maßnahme um eine temporäre oder eine auf Dauer angelegte Einrichtung handelt.

Herr Hein nimmt zu der Anfrage Stellung und legt dar, dass sich die Verwaltung seinerzeit wegen aufparkender Fahrzeuge auf dem Gehweg veranlasst gesehen habe, diese Maßnahme als eine ad hoc Sicherungsmaßnahme zu ergreifen, um weitere Beschädigungen der Gehwegplatten zu verhindern.

In seinen weiteren Ausführungen berichtet Herr Hein, dass sich die Bezirksvertretung 2 – Süd bereits ausführlich mit dieser Thematik befasst habe. Im Zuge dieser Beratung habe man zum Ausdruck gebracht, dass man diese Maßnahme nicht unbedingt als eine optisch ansprechende Lösung betrachte. Daher habe man die Verwaltung beauftragt zu prüfen und darzulegen, ob es möglich ist und mit welchen Kosten es verbunden wäre, wenn man der hier offenkundig bestehenden Nachfrage nach zusätzlichem Parkraum für Fahrzeuge nachkommen und den vorhandenen Parkstreifen um weitere Stellplätze verlängern würde. Die Verwaltung werde der Bezirksvertretung hierzu in ihrer folgenden Sitzung weiter berichten.

11.3. Bauordnungsrechtliche Beurteilung des sakralen Glockengeläuts - Anfrage Frau Velte

Frau Velte bittet die Verwaltung um Auskunft, wie aus bauordnungsrechtlicher Sicht der im Raum stehende Fragekomplex zum Thema „Sakrales Glockengeläut“ zu beurteilen und zu bewerten ist.

Herr Quadflieg nimmt zu der Anfrage Stellung und zeigt am Beispiel der bekanntermaßen geplanten Errichtung einer Moschee an der Stachelhauser Straße auf, auf welcher Grundlage die Verwaltung hier ihre Beurteilung dieser Frage vornehmen wird. So werde im Rahmen des bauaufsichtsrechtlichen Genehmigungsverfahrens zu dem besagten Bauvorhaben ein Schallschutzgutachten Auskunft darüber geben, welche von diesem Vorhaben ausgehenden

Geräusche zu erwarten sind. Hierbei erwarte die Verwaltung auch eine Aussage zu dem Aspekt des Muezzinrufs.

An dieser Stelle betont Herr Quadflieg, dass die Beurteilung und Bewertung des hier angesprochenen Sachverhaltes stets als Bestandteil der Prüfung aller auf den Einzelfall bezogenen und für diesen maßgeblichen Gesichtspunkte und Kriterien zu betrachten sei.

12. Verwendung der Nahverkehrspauschale **Vorlage: 14/1739**

Frau Velte stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung nach Aussprache zur Abstimmung.

Die der Drucksache 14/1739 beigefügte Tabelle mit einer Auflistung von gemäß Vorschlag der Verwaltung aus Mitteln der Nahverkehrspauschale im Jahr 2012 zu finanzierenden Maßnahmen wird als **Anlage 1** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 17 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

Die vorgesehene Verwendung der Nahverkehrspauschale für das Jahr 2012 wird gemäß beigefügter Tabelle beschlossen.

13. Einziehung des Verbindungsweges Alte Pulvermühle/Nüdelshalbach **Vorlage: 14/1720**

Herr Edelhoff berichtet aus der fraktionsinternen Vorberatung und stellt an dieser Stelle heraus, dass die SPD-Fraktion eine Einziehung von öffentlichen Wegen grundsätzlich nicht befürworte. Deshalb habe sich die Fraktion im aktuellen Fall darauf verständigt, zunächst abzuwarten, welche Meinung sich die Bezirksvertretung 4 – Lüttringhausen zu der hier aufgeworfenen Frage bilden wird. Erst im Anschluss hieran werde die SPD-Fraktion ihr Votum zu dem Vorschlag der Verwaltung auf Einziehung des in Rede stehenden Verbindungsweges abgeben.

Herr Edelhoff schlägt deshalb im Namen der SPD-Fraktion vor, eine Beschlussfassung des Ausschusses in besagter Angelegenheit zunächst zurückzustellen. Zugleich bittet Herr Edelhoff die Verwaltung im Namen der SPD-Fraktion darum, ergänzend darzulegen, warum der in Rede stehende Verbindungsweg teilweise überbaut werden konnte und wann die Entscheidung und Genehmigung hierzu getroffen bzw. erteilt worden ist. Des Weiteren bittet Herr Edelhoff die Verwaltung um Auskunft, von welchem Personenkreis die heute in der Örtlichkeit vorhandene Wegeverbindung zwischen Nüdelshalbach und Alte Pulvermühle genutzt wird.

Herr Küster weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die in Rede stehende Wegeverbindung nach Aussage von Anwohnern auch als Schulweg genutzt werden soll.

Frau Velte lässt nach Aussprache über den Vorschlag der SPD-Fraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 17 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Eine Beschlussfassung zur Drucksache

- 14/1720
Einziehung des Verbindungsweges Alte Pulvermühle/Nüdelshalbach

wird bis zum Vorliegen eines Votums der Bezirksvertretung 4 – Lüttringhausen zurückgestellt.

Die Verwaltung wird gebeten, zur Fortführung der Beratung in einer ergänzenden Berichterstattung darzulegen, warum der in Rede stehende Verbindungsweg teilweise überbaut werden konnte, wann hierfür die entsprechende Genehmigung erteilt worden ist und von welchem Personenkreis die heute in der Örtlichkeit vorhandene Wegeverbindung zwischen Nüdelshalbach und Alte Pulvermühle genutzt wird.

**14. Abbau von zwei Lichtzeichenanlagen
Vorlage: 14/1632**

Frau Stippe Kohl weist auf eine der CDU-Fraktion zwischenzeitlich zugegangene Reaktion der in dem betreffenden Gebiet ansässigen Grundschulen auf den Vorschlag der Verwaltung zum Abbau besagter Signalanlagen hin und führt aus, dass hier – so die Auffassung der CDU-Fraktion – vorrangig die Bezirksvertretung 1 – Alt-Remscheid aufgefordert sei, sich im Einzelnen mit der in Rede stehenden Thematik zu befassen und in diesen Prozess auch die erwähnten Grundschulen mit einzubeziehen. Vor diesem Hintergrund schlägt Frau Stippe Kohl vor, diese Beratung der Bezirksvertretung zunächst abzuwarten. Zugleich bittet Frau Stippe Kohl die Verwaltung, zur Sitzung der Bezirksvertretung am 29.05.2012 zu ermitteln und darzulegen, wie viele Schulkinder die beiden Signalanlagen und hier insbesondere die Fußgängerschutzanlage Blumenstraße / Mandtstraße benutzen.

Herr Bender schließt sich den Ausführungen an und bittet die Verwaltung, in diesem Zusammenhang auch darzulegen, welche Auswirkungen die geplanten Maßnahmen auf die Schulwegsicherung erwarten lassen und wie die erwähnten Grundschulen diesen Sachverhalt beurteilen und bewerten.

Herr Schiffer richtet ergänzend die Bitte an die Verwaltung, zu dieser Beratung auch einmal den Verlauf der hier angesprochenen empfohlenen Schulwege vorzustellen.

Herr Edelhoff schlägt mit Blick auf die Entscheidungsbefugnis der Bezirksvertretung in dieser Angelegenheit vor, die Drucksache 14/1632 ohne eine Empfehlung des Ausschusses zur weiteren Beratung an die Bezirksvertretung 1 – Alt-Remscheid zu verweisen. Hierbei geht Herr Edelhoff davon aus, dass die Verwaltung die heute aufgeworfenen Fragen im Zuge dieser Beratung beantworten wird.

Frau Stippe Kohl schließt sich dem Vorschlag an und empfiehlt zugleich die Verwaltung zu bitten, dem Ausschuss in seiner nächsten Sitzung die nachgefragten Informationen ebenfalls zur Kenntnis zu geben und über den weiteren Beratungsverlauf zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Ja 17 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Drucksache 14/1632 – Abbau von zwei Lichtzeichenanlagen wird ohne Empfehlung zur weiteren Beratung an die Bezirksvertretung 1 – Alt-Remscheid verwiesen.

Die Verwaltung wird gebeten, dem Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege im Anschluss an diese Beratung die nachgefragten Informationen wie Anzahl der die Signalanlagen Blumenstraße / Bankstraße und Blumenstraße / Mandtstraße benutzenden Schulkinder, Auswirkungen der geplanten Maßnahmen auf die Schulwegsicherung aus Sicht von Grundschulen und Verwaltung und Verlauf der empfohlenen Schulwege zu/von diesen Schulen ebenfalls zur Kenntnis zu geben und bei dieser Gelegenheit über den weiteren Beratungsverlauf zu berichten.

**15. Frostschadensbericht 2012
Verwendung der Mittel für die Straßenunterhaltung 2012 / Rückstellungen
Vorlage: 14/1778**

Herr Hein informiert den Ausschuss darüber, dass das Budget zur Straßenunterhaltung in 2012 im Zuge der aktuellen Finanzplanung zur Haushaltskonsolidierung von der Verwaltung aktualisiert und um 10 % (= 65.000 €) reduziert worden sei, und geht in seinen weiteren Ausführungen auf den vorliegenden Frostschadensbericht näher ein.

Herr Edelhoff bittet die Verwaltung, in der folgenden Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses nähere Informationen und Erläuterungen zu dem hier angesprochenen Finanzierungsmodell der Inanspruchnahme von Mitteln aus Rückstellungen aus 2008 für verschiedene in 2012 geplante Fahrbahndeckenerneuerungsmaßnahmen wie in Ziffer II der Drucksache dargestellt zu geben.

Der Ausschuss nimmt die Berichterstattung der Verwaltung nach Aussprache zur Kenntnis.

**16. Barrierefreier Umbau der Haltestelle Sana-Klinikum
Vorlage: 14/1679**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**17. Barrierefreier Umbau der Haltestelle Teichstraße
Vorlage: 14/1678**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

- 18. BP 635 Gebiet: Ziegelstraße
(vereinfachtes Verfahren)**
- 1. Verzicht auf frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß §§ 3 und 13 BauGB**
 - 2. Verzicht auf frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß §§ 4 und 13 BauGB**
 - 3. Aufstellungsbeschluss gemäß §§ 2 (1) und 13 (1) BauGB**
 - 4. Offenlagebeschluss gemäß §§ 3 und 13 BauGB**
- Vorlage: 14/1727**

Frau Krebs nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Der der Drucksache 14/1727 beigelegten Anlagen – dies sind die Entwurfsbegründung zum Bebauungsplan Nr. 635 Gebiet: Ziegelstraße einschl. textl. Festsetzungen, der Bebauungsplan Nr. 635, der Fluchtlinienplan Nr. 76 Nord-Östlicher Teil, der Fluchtlinienplan Nr. 76 Süd-Westlicher Teil, der Bebauungsplan Nr. 127, der Bebauungsplan Nr. 140, der Bebauungsplan Nr. 161A sowie der Bebauungsplan Nr. 474 – werden als **Anlage 2** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 0 Enthaltungen 1

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege empfiehlt der Bezirksvertretung 2 – Süd bzw. dem Haupt- und Finanzausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Verzicht auf frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (1) Nr. 1, § 13 Abs. 2 BauGB

Auf die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung zum Bebauungsplan 635 wird verzichtet. Da mit der Aufstellung des Bebauungsplans 635 die Grundzüge der Planung des Fluchtlinienplans 76 und der Bebauungspläne 474, 161a, 127 und 140 nicht berührt werden und die Planung sich nicht auf das Plangebiet selbst und seine Nachbargebiete auswirkt, kann hier so verfahren werden.

2. Verzicht auf frühzeitige Behörden- und Trägerbeteiligung gemäß § 4 und § 13 BauGB

Auf die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan 635 wird verzichtet. Da mit der Aufstellung des Bebauungsplans 635 die Grundzüge der Planung des Fluchtlinienplans 76 und der Bebauungspläne 474, 161a, 127 und 140 nicht berührt werden und die Planung sich nicht auf das Plangebiet selbst und seine Nachbargebiete auswirkt, kann hier so verfahren werden.

3. Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 (1) und § 13 BauGB

Für den Bebauungsplan 635 Gebiet: Ziegelstraße wird der Aufstellungsbeschluss gefasst. Der räumliche Geltungsbereich ist aus der in der Anlage beigefügten Plangrundlage zu entnehmen.

Die Aufstellung des Bebauungsplans 635 erfolgt im vereinfachten Verfahren. Mit der Aufstellung dieses Bebauungsplans sollen folgende städtebauliche Ziele festgeschrieben werden:

Planungsrechtliche Neuregelung der Straßenbegrenzungslinien nach bereits erfolgtem Ausbau vor Ort, darüber hinaus, in geringem Umfang Festsetzung von nicht überbaubarer Wohnbauflächen zur Arrondierung des Plangebietes. Die Festsetzung erfolgen auf der rechtlichen Grundlage des rechtswirksamen FNP.

Ortsüblich bekannt gemacht werden sollen:

- Der Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 635 gemäß § 2 (1) BauGB,
- der Hinweis, dass der Bebauungsplan Nr. 635 gemäß § 13 BauGB im vereinfachten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung aufgestellt werden soll,
- sowie den Hinweis, wo sich die Öffentlichkeit über die Planung informieren kann und dass sie sich innerhalb einer bestimmten Frist zur Planung äußern kann.

4. Offenlagebeschluss gemäß § 3 (2) und § 13 BauGB

Der Entwurf des Bebauungsplans 635 Gebiet: Ziegelstraße wird mit der Entwurfsbegründung (siehe Anlage) für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt.

Ortsüblich bekannt zu machen sind:

- der Offenlagebeschluss zum Bebauungsplan 635
- Ort und Dauer der Auslegung
- der Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung des Bebauungsplans unberücksichtigt bleiben können.
- und dass ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

19. Beschluss über den Minderausbau der öffentlichen Verkehrsfläche im Bereich des Bebauungsplanes 470 - Blumentalstraße - gem. § 125 (3) Nr. 1 BauGB Vorlage: 14/1555

Frau Krebs nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Die der Drucksache 14/1555 beigefügten Anlagen – dies sind ein Lageplan mit Kennzeichnung des Standortes im Stadtgebiet, ein Auszug aus dem Bebauungsplan Nr. 470 sowie ein

weiterer Lageplan mit Kennzeichnung der von einem Minderausbau betroffenen öffentlichen Verkehrsfläche im Bereich des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 470 – werden als **Anlage 3** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Minderausbau der öffentlichen Verkehrsfläche im Bereich des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 470 – Blumentalstraße – wird entsprechend der in der Anlage dargestellten Form gemäß § 125 (3) Nr.1 BauGB beschlossen.

**20. Aktuelle Entwicklung auf dem Gebiet der Denkmalpflege - Anfrage von Frau Rühl
Vorlage: 14/1790**

Herr Bender spricht das Thema „Solar- und Photovoltaikanlagen auf denkmalgeschützten Häusern“ an und bittet die Untere Denkmalbehörde um Prüfung und Stellungnahme zu der Frage, wie und unter welchen näheren Voraussetzungen man von der momentan angewandten Regelung, wonach der Bau einer Solar- oder auch einer Photovoltaikanlage auf denkmalgeschützten Häusern oder auch auf im Geltungsbereich einer Denkmalbereichssatzung gelegenen Häusern neueren Baudatums regelmäßig ausgeschlossen ist, abrücken könnte. Wie Herr Bender hierzu weiter ausführt, sei es seiner Meinung nach aus ökologischer Sicht wie auch aus Gründen des Klimaschutzes heute nicht mehr vertretbar, an dieser starren Regelung festzuhalten und dem Denkmalschutz generell den Vorrang einzuräumen.

Frau Velte bittet die Verwaltung ergänzend darum, in ihrer Stellungnahme auch die nach ihrer Kenntnis bereist existierenden Urteile diverser Gerichte zum Thema zu recherchieren und mit ihrer fachlichen Kommentierung versehen zu dokumentieren.

Herr Ernst richtet darüber hinaus die Bitte an die Verwaltung, im Zuge ihrer Berichterstattung auch den Fragenkomplex zum Anbau von Flucht- und Rettungswegen mit in die Betrachtung einzubeziehen und auch hierzu eine Aussage zu treffen.

Herr Küster weist auf den nach seinem Empfinden mangelhaften Zustand der unter Denkmalschutz stehenden Gebäude der städtischen Galerie an der Scharffstraße hin und bittet die Verwaltung, den nach seinen Feststellungen deutlich maroden Balkon an einem der Gebäude in Augenschein zu nehmen und instand zu setzen.

Der Ausschuss nimmt die Information der Verwaltung zur Kenntnis und schließt sich im Übrigen den vorgetragenen Auskunftsersuchen an.

**21. Antrag auf Löschung der Baulast Nr. 3159 III und Nr. 5416 auf dem Grundstück Borner Straße, Lenneper Straße, Trecknase (z. Zt. genutzt als Bau- markt und Spielhalle)
Vorlage: 14/1685**

Herr Schiffer bittet die Verwaltung um Auskunft, welche möglichen Auswirkungen eine zukünftige bauliche Umgestaltung des Verkehrsknotenpunktes Trecknase auf den hier angesprochenen Bereich hat und ob und inwieweit von einem Ausbau dieses Verkehrsraumes unter Umständen auch Flächen der hier angesprochenen Liegenschaften tangiert werden.

Herr Sonnenschein greift die Anfrage auf und erklärt, dass die in Rede stehende Löschung besagter Baulasten von den der Verwaltung bekannten Überlegungen und Planungen zu einem möglichen Ausbau des Verkehrsknotenpunktes Trecknase nicht berührt werde. In diesem Zusammenhang schlägt Herr Sonnenschein dem Ausschuss vor, sich diese Überlegungen und Planungen von der Verwaltung einmal vorstellen zu lassen.

Herr Edelhoff stellt heraus, dass die SPD-Fraktion einer Löschung der in Rede stehenden Baulasten wegen der zurzeit noch unbeantworteten Fragen im Zusammenhang mit einem zukünftigen Ausbau des Verkehrsknotenpunktes Trecknase hier und heute nicht zustimmen könne. Herr Edelhoff stellt deshalb im Namen der SPD-Fraktion den Antrag, die Verwaltung zu bitten, die Löschung der in Rede stehenden Baulasten so lange zurückzustellen, bis die Fragen zu einem Umbau des Verkehrsknotenpunktes Trecknase geklärt sind.

Herr Küster bittet die Verwaltung ergänzend darzulegen, welche finanziellen Auswirkungen die Löschung besagter Baulasten hat, ob und inwieweit hiermit beispielsweise eine Wertsteigerung des Grundstückes verbunden ist.

Frau Rühl bittet die Verwaltung in diesem Zusammenhang auch die Frage zu beantworten, ob und inwieweit dem Grundeigentümer im Zuge der damaligen Übernahme der Baulasten ein finanzieller Ausgleich gezahlt worden ist, der nun mit der Löschung dieser Baulasten gegebenenfalls zurückzufordern wäre.

Frau Velte bittet die Verwaltung darum, dem Ausschuss die aufgeworfene Frage nach den mit der damaligen Eintragung und der heute vorgesehenen Löschung der in Rede stehenden Baulasten verbundenen finanziellen Auswirkungen in einer ergänzenden schriftlichen Stellungnahme zu beantworten.

Abstimmungsergebnis:

Ja 17 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, die Löschung der in Rede stehenden Baulasten so lange zurückzustellen, bis die Fragen zu einem Umbau des Verkehrsknotenpunktes Trecknase geklärt sind. Hiezu wird die Verwaltung gebeten, dem Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege die Ausbauplanung für den besagten Verkehrsknotenpunkt vorzustellen.

**22. Lärmaktionsplan für die Lenneper Straße im Abschnitt zwischen dem Johann-Vaillant-Platz und dem Abzweig Intzestraße
Vorlage: 14/1758**

Frau Rühl schlägt im Namen der CDU-Fraktion vor, sich dem vorliegenden Votum der Bezirksvertretung 2 – Süd uneingeschränkt anzuschließen und den Beschlussvorschlag der Verwaltung in Gänze abzulehnen.

Herr Edelhoff schlägt im Namen der SPD-Fraktion mit Blick auf die in vorliegender Drucksache angesprochenen rechtlichen Vorgaben vor, für den hier angesprochenen Teilabschnitt der Lenneper Straße gegebenenfalls eine Lärmmessung in Auftrag zu geben, um so die tatsächlich vor Ort auftretenden Lärmwerte zu ermitteln und damit im Vergleich zu den bisher lediglich auf rechnerischem Wege bestimmten Werten ein realistischeres Bild von der tatsächlichen Lärmbelastung und dem sich daraus gegebenenfalls ergebenden Handlungsbedarf zu gewinnen. Aus diesem Grund stellt Herr Edelhoff im Namen der SPD-Fraktion den Antrag, der Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege möge die weitere Beratung zur Drucksache 14/1758 – Lärmaktionsplan für die Lenneper Straße im Abschnitt zwischen dem Johann-Vaillant-Platz und dem Abzweig Intzestraße zurückstellen und die Verwaltung beauftragen zu ermitteln und darzulegen, in welcher Form und mit welchem finanziellen Aufwand in dem hier angesprochenen Streckenabschnitt der Lenneper Straße eine Lärmmessung durchgeführt werden könnte.

Frau Velte regt in diesem Zusammenhang an, an die nachfolgenden beteiligten Gremien die Empfehlung auszusprechen, ihre Beratungen zu vorliegender Drucksache ebenfalls zunächst zurückzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Beratung zur Drucksache 14/1758 – Lärmaktionsplan für die Lenneper Straße im Abschnitt zwischen dem Johann-Vaillant-Platz und dem Abzweig Intzestraße wird zurückgestellt.

Die Verwaltung wird beauftragt zu ermitteln und darzulegen, in welcher Form und mit welchem finanziellen Aufwand in dem hier angesprochenen Streckenabschnitt der Lenneper Straße eine Lärmmessung durchgeführt werden könnte.

Dem Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung, dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Rat der Stadt wird empfohlen, ihre Beratungen zur Drucksache 14/1758 – Lärmaktionsplan für die Lenneper Straße im Abschnitt zwischen dem Johann-Vaillant-Platz und dem Abzweig Intzestraße ebenfalls zunächst zurückzustellen.

- 23. Bebauungsplan Nr. 438 1. Änderung
Gebiet Altstadt Remscheid (zwischen Stadtfriedhof, Kirchhofstraße und Markt)**
- 1. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 2 BauGB)**
 - 2. Entscheidung über die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB)**
 - 3. Satzungsbeschluss (§ 10 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 7 GO NRW)**
- Vorlage: 14/1738**

Die der Drucksache 14/1738 beigefügten Anlagen – dies sind der Ergebnisbericht über die Behördenbeteiligung, der Ergebnisbericht über die frühzeitige Behördenbeteiligung, der Bebauungsplan Nr. 438 1. Änderung sowie die Entscheidungsbegründung zum Bebauungsplan Nr. 438 1. Änderung – werden als **Anlage 4** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 2 BauGB)
-

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 438 1. Änderung – Gebiet Altstadt Remscheid (zwischen Stadtfriedhof, Kirchhofstraße und Markt) – hat zusammen mit der Entwurfsbegründung in der Zeit vom 07.11.2011 bis einschließlich 09.12.2011 öffentlich ausgelegen.

Stellungnahmen der Öffentlichkeit sind nicht eingegangen. Eine Beschlussfassung ist nicht erforderlich.

2. Entscheidung über die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB)
-

Über die im Rahmen der Behördenbeteiligung (Anschreiben vom 13.10.2011) zu dem Bebauungsplan Nr. 438 1. Änderung – Gebiet Altstadt Remscheid (zwischen Stadtfriedhof, Kirchhofstraße und Markt) – eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend dem als Anlage 1 beigefügten Ergebnisbericht entschieden.

Um dem in § 1 Abs. 7 BauGB verankerten Abwägungsgebot umfassend gerecht werden zu können, wird dem Rat der Stadt zusätzlich der Ergebnisbericht über die im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 2) vorgelegt.

3. Satzungsbeschluss (§ 10 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 7 GO NRW)

Der im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB aufgestellte Bebauungsplan Nr. 438 1. Änderung – Gebiet Altstadt Remscheid (zwischen Stadtfriedhof, Kirchhofstraße und Markt) – wird gem. § 10 Abs.1 BauGB in Verbindung mit § 7 GO NRW als Satzung beschlossen (Anlage 3). Dem Bebauungsplan ist gem. § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung (Anlage 4) beigelegt.

Der Beschluss des Bebauungsplanes Nr. 438 1. Änderung ist gem. § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

- 24. Bebauungsplan Nr. 572 1. Änderung - Gebiet Freiheitstraße, Bismarckstraße, Neuenkamper Straße, Ladestraße, Stachelhauser Straße**
- 1. Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes (§ 2 Abs. 1 BauGB)**
 - 2. Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB)**
- Vorlage: 14/1723**

Frau Velte stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung nach Aussprache zur Abstimmung.

Der der Drucksache 14/1723 beigelegte Lageplan mit Kennzeichnung des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans Nr. 572 1. Änderung wird als **Anlage 5** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege empfiehlt der Bezirksvertretung 1 – Alt-Remscheid bzw. dem Haupt- und Finanzausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes (§ 2 Abs. 1 BauGB)

Die Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 572 – Gebiet: Freiheitstraße, Bismarckstraße, Neuenkamper Straße, Ladestraße, Stachelhauser Straße – wird beschlossen. Der räumliche Geltungsbereich ergibt sich aus dem als Anlage 1 beigelegten Lageplan.

2. Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB)

Zum Verfahren zur Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 572 – Gebiet: Freiheitstraße, Bismarckstraße, Neuenkamper Straße, Ladestraße, Stachelhauser Straße – wird die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung beschlossen.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgt gem. Ziffer 4.1 der Richtlinien der Stadt Remscheid über die Beteiligung der Bürger an der Bauleitplanung durch Planaushang.

- 25. Bebauungsplan Nr. 599 - Gebiet Lenneper Straße, Mixsiepen - Teilaufhebung**
1. Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes
(§ 2 Abs. 1 BauGB)
2. Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung
(§ 3 Abs. 1 BauGB)
Vorlage: 14/1722

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

- 26. Stadtumbau West - "Neue Mitte Honsberg"**
Vorstellung Konzept Entwurfsplanung Gemeinschaftshaus
Vorlage: 14/1639

Der Ausschuss nimmt Kenntnis

- 27. Stadtumbau West - Gemeinschaftshaus "Neue Mitte Honsberg"; Sachstandsbericht zur Vergabe der Architekten- und Ingenieurleistungen zur Realisierung des Bauvorhabens "Neuerrichtung des Gemeinschaftshauses Honsberg"**
Vorlage: 14/1629

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

- 28. Strategische Ausrichtung der räumlichen Entwicklungsplanung sowie Übersicht über die aktuellen Planungsprojekte des Zentraldienstes 0.12 (Stadtentwicklung und Wirtschaft) und des Fachdienstes 3.63 (Bauordnung und Bauleitplanung)**
Vorlage: 14/1505

(zurückgestellt !)

- 29. Handlungsprogramm Wohnen**

- 29.1. Handlungsprogramm Wohnen**
Vorlage: 14/1534

(zurückgestellt !)

- 29.2. Ergänzung zur Drucksache 14/1534 Handlungsprogramm Wohnen - Abwägung einer Anregung**
Vorlage: 14/1762

(zurückgestellt !)

gez.

Jutta Velte
Vorsitzende

gez.

Hans-Ulrich Dattner
Schriftführer